



Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen Bundeskinderschutzgesetz — BKiSchG



„Artikelgesetz“:

- Artikel 1 Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)
- Artikel 2 Änderung des SGB VIII
- Artikel 3 Änderungen anderer Gesetze
- Artikel 4 Inkrafttreten



Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)

- § 1 Kinderschutz und staatliche Mitverantwortung
- § 2 Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung
- § 3 Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz
- § 4 Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung



§ 1 KGG

- **Abs. 1: Betonung der Zielrichtung des Gesetzes**
- **Abs. 2: Verfassungsrechtliche Vorgaben (Wächteramt) als Ausgangspunkt für die Ausgestaltung des staatlichen Schutzauftrags**
- **Abs. 3: Wächteramt als Gefahrenvorsorge und –abwehr unter Bindung an die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit**
- **Abs. 4: Legaldefinition des Begriffs „Frühe Hilfen“, wesentliches Unterstützungselement für Eltern bei Wahrnehmung des Erziehungsrechts und der -verantwortung durch staatliche Gemeinschaft**



§ 2 KGG

- **Abs. 1: Information, mit dem Ziel, Kenntnis des örtlich verfügbaren Angebotsspektrum zu geben**
- **Abs. 2: Angebot eines persönlichen Gesprächs, auf Wunsch der Eltern auch in ihrer Wohnung**



KKG § 3 Abs. 1-3

Verbindliches Netzwerk, insbesondere:

- Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe
- Behindertenhilfe für Kinder nach SGB XII
- Gesundheitsämter
- Sozialämter
- Gemeinsame Servicestellen
- Schulen
- Polizei- und Ordnungsbehörden
- Agenturen für Arbeit
- Krankenhäuser
- Sozialpädiatrische Zentren
- Interdisziplinäre Frühförderstellen
- Schwangerschafts- und Beratungsstellen für soziale Problemlagen
- Einrichtungen und Dienste
 - zur Müttergenesung
 - zum Schutz von Gewalt in engen sozialen Beziehungen
- Familienbildungsstätten
- Familiengerichte
- Angehörige von Heilberufen



§ 3 Abs.4 KGG

- Netzwerk soll zur Beförderung Früher Hilfen durch den Einsatz von Familienhebammen gestärkt werden
- Unterstützung durch zeitlich befristete Bundesinitiative
- **Bundesrat moniert fehlende Verankerung im SGB V und Beteiligung des Gesundheitswesens**



§ 4 KGG

- Bundeseinheitliche Regelung zum Umgang mit gewichtigen Anhaltspunkten für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen durch Geheimnisträger
- Bundeseinheitliche Regelung für Informationsweitergabe durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung
=> **2-stufiges Verfahren!** (wie in § 1 Kinderschutzgesetz BW)
- Anspruch auf Beratung durch eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ der Kinder- und Jugendhilfe
(§ 8b Abs. 1 SGB VIII-E)



Artikel 2

Änderung des SGB VIII

- **Rechtsanspruch für Kinder und Jugendliche auf Beratung**
(bisher nur Kann-Bestimmung) **§ 8 Abs. 3 SGB VIII-E**
- **Kosmetik: Hausbesuch, sofern nach fachl. Einschätzung erforderlich** **§ 8a SGB VIII-E**
- **Fallübergabe im pers. Gespräch unter Anwesenheit der Klienten bei Zuständigkeitswechseln** **§ 8a Abs. 5 SGB VIII-E**
- **Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft** **§ 8b Abs. 1 SGB VIII-E**
- **Erweitertes Führungszeugnis zum Ausschluss einschlägig Vorbestrafter für alle Hauptamtlichen bei öffentlichen und freien Trägern** **§ 72a SGB VIII-E**